

# MFR 2028-2034

## Vorschlag der EU-Kommission vom 16. Juli 2025 Betrachtung der neuen Eigenmittel

### MFR Volumen 2021-2027 (aktuell)

- MFR 2021-2027: 1.210,9 Mrd. Euro  
→ rund 1,1 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung BNE-EU
- Next Generation: 806,9 Mrd. Euro

### MFR Volumen 2028-2034 (geplant)

- MFR 2028-2034: 2.000 Mrd. Euro  
→ rund 1,26 Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung BNE-EU
- Anstieg um 700 Mrd. Euro
- Next Generation: 806,9 Mrd. Euro

### Bereits vorgeschlagene Eigenmittel

Einige Vorschläge aus früheren Eigenmittelpaketen vom Dezember 2021 ([COM \(2021\) 566 final](#)) sowie Juni 2023 ([COM\(2023\) 330 final](#)) sollen beibehalten werden, z.B.:

- 25 % der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel. Zusätzlich dazu ein befristeter Mechanismus zur solidarischen Anpassung, damit alle Mitgliedstaaten einen gerechten Beitrag zu den Eigenmitteln auf Grundlage des Emissionshandels leisten.
- 75 % der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (CBAM)
- 15 % des Anteils an den Residualgewinnen der größten und rentabelsten multinationalen Unternehmen, die den EU-Mitgliedstaaten gemäß dem Übereinkommen über die Reform des internationalen Steuerrahmens neu zugeteilt werden.

### Fünf neue Eigenmittel

Insgesamt sollen **58,2 Mrd. Euro/Jahr** durch folgende Eigenmittel vereinnahmt werden:

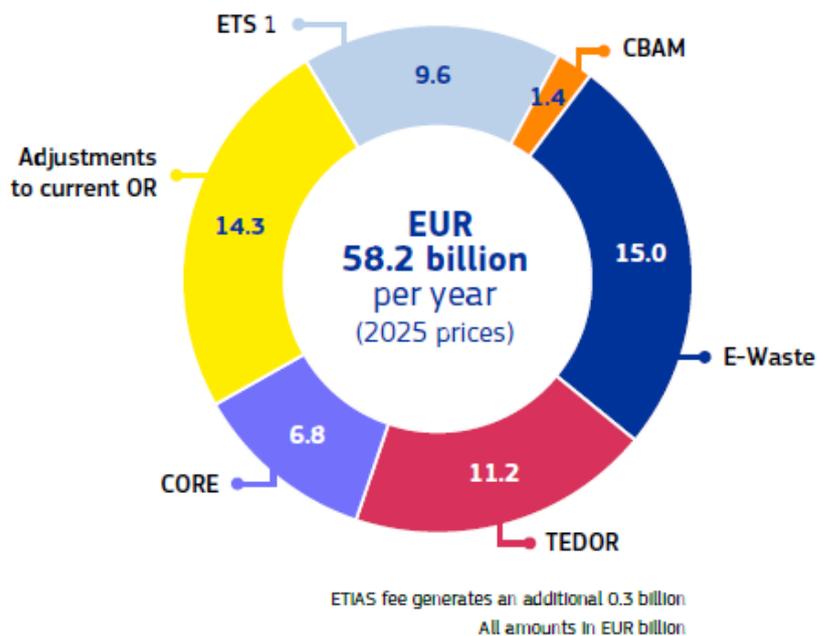
- **EU-Emissionshandelssystem (EHS/ETS)**  
gezielte Anpassung der Einnahmen aus dem EHS1 an den EU-Haushalt.  
→ **9,6 Mrd. EUR/Jahr.**
- **CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (CBAM)**  
gezielte Anpassung der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem an den EU-Haushalt.  
→ erwartet werden durchschnittlich rund **1,4 Mrd. EUR pro Jahr.**
- **Eigenmittel Elektroschrott (E-Waste)**  
→ **15 Mrd. EUR/Jahr**
- **Eigenmittel Tabaksteuer (TEDOR)**  
→ **11,2 Mrd. EUR/Jahr**
- **EU-Unternehmensteuer / Corporate Resource for Europe (CORE)**  
Umsatzabhängige Steuer, gestaffelt ab Nettojahresumsatz ab 100 Mio. EUR.  
→ Steuerhöhe nach Umsatzgrenzen  

- ab 100 Mio. € Umsatz/Jahr:	100.000 Euro
- ab 250 Mio. € Umsatz/Jahr:	250.000 Euro
- ab 500 Mio. € Umsatz/Jahr:	500.000 Euro
- ab 750 Mio. € Umsatz/Jahr :	750.000 Euro

  
→ **Aufkommen gesamt: 6,8 Mrd. EUR/Jahr**

Insgesamt ergibt das in den sieben Jahren von 2028-2034 erwartete Einnahmen alleine aus den fünf neuen und zusätzlichen Eigenmitteln (Steuern) in Höhe von 407,4 Mrd. Euro.

## Übersicht neue EU-Eigenmittel



Quelle: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/eu-budget-2028-2034\\_en#paragraph\\_55337](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/eu-budget-2028-2034_en#paragraph_55337)

## Begründung Ursachen des Anstiegs MFR

- Kosten für die Unterstützung der Ukraine (100 Mrd. Euro Fonds)
- Tilgung der Schulden Next Generation, 25-30 Mrd. Euro/Jahr ab 2028  
→ Problem der gestiegenen Zinsen
- 865 Mrd. Euro Fonds für „Nationale und Regionale Partnerschaften“. Darin
  - 300 Mrd. Euro für Agrar
  - Zinsvergünstigte Kredite für Sonderzwecke, wie Verteidigungsfähigkeit
  - 100 Mrd. Euro Wettbewerbsfähigkeitsfonds
- weitere Vorhaben der EU-Kommission

## Auswirkungen der geplanten EU-Unternehmensteuer CORE

- rund 40 Prozent der von der neuen Abgabe betroffenen Unternehmen kommen aus DE
- Anteil an Unternehmen in Deutschland nach Umsatz (Statista, Stand 2023)  
Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/239446/umfrage/verteilung-von-anzahl-und-umsatz-der-unternehmen-nach-umsatzgroessenklassen/>
  - (- 50 Mio. bis 100 Mio.: 0,25%)
  - 100 Mio. bis 250 Mio.: 0,16%
  - 250 Mio. bis 500 Mio.: 0,06%
  - 500 Mio. bis 1 Mrd.: 0,03%
  - mehr als 1 Mrd.: 0,03%
- Gesamtanteil **Unternehmen mit 100 Mio. Umsatz und mehr in DE: 0,28%**
- Die größten Unternehmen mit einem Umsatz ab einer Milliarde Euro in Deutschland machten zwar lediglich 0,03 Prozent aller Unternehmen aus, sind aber für mehr als 40 Prozent des gesamten Umsatzes in Deutschland verantwortlich.
- Im Jahr 2023 hatte Deutschland 3.124.585 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen.  
Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/246358/umfrage/anzahl-der-unternehmen-in-deutschland/>  
Legt man diese Zahl zugrunde wären in Deutschland knapp 8.750 Unternehmen unmittelbar von der geplanten EU-Unternehmenssteuer betroffen.

## Auswirkungen der geplanten EU-Unternehmensteuer CORE auf deutschen Unternehmen\*)

Grenzen Umsatz	Sonder EU-Steuer	Anteil Unternehmen DE	bezogen auf 3.124585 Unternehmen	EU-Sondersteuer CORE Aufkommen DE/Jahr
ab 100 Mio.	100.000 €	0,16%	4.999	499.900.000 €
ab 250 Mio	250.000 €	0,06%	1.875	468.750.000 €
ab 500 Mio	500.000 €	0,03%	937	468.500.000 €
ab 750 Mio.	750.000 €	0,03%	937	702.750.000 €
<b>Summe</b>		<b>0,28%</b>	<b>8.748</b>	<b>2.139.900.000 €</b>

Ergebnis: Deutsche Unternehmen müssten 31,5 % des gesamten Aufkommens des EU-Unternehmenssteueraufkommens tragen!

\*) Eigene Berechnung auf Basis der Zahlen Statista 2023 sowie den vorliegenden Vorschlägen der EU-Kommission vom 16. Juli 2025; Prozentzahl für die Grenze ab 750 Mio. geschätzt, entspricht dem Satz am 1 Mrd.; da in Statista die Gruppen anders aufgeteilt sind, dort nach Anteil 500 Mio. und 1.000 Mrd. Umsatz, die EU-Kommission aber die Sondersteuer-Steuer ab 750 Mio. Umsatz ansetzt.

## Bewertung/Risiken der geplanten EU-Unternehmenssteuer CORE aus Sicht der Europäischen Steuerzahlerorganisation

- Bislang ist die Finanzierung des EU-Haushalts durch eine Gesamtobergrenze gedeckelt. Gemäß dem bisherigen EU-Eigenmittelbeschluss darf der Gesamtbetrag der Eigenmittel, der der Union zur Verfügung steht, 1,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitgliedstaaten nicht übersteigen. Wenn es im Rahmen des neuen Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) zur Einführung neuer Eigenmittel kommen sollte, die direkt dem EU-Haushalt zufließen, wird sich das ändern. Der EU-Haushalt wird dann insbesondere auch auf Basis der bisherigen und erwartenden Einnahmen aus den neuen Eigenmitteln kalkuliert.
- EU-Kommission macht CORE am Umsatz fest. Der Umsatz sagt aber nichts über die Profitabilität, also den Erfolg, von Unternehmen aus.
- Die TAE lehnt generell die Ausweitung der EU-Eigenmittel ab.
- Ebenso lehnen wir Unternehmenssteuern ab, die nicht am Erfolg, sondern am Umsatz ansetzen.
- Latente Unterfinanzierungsgefahr des EU-Haushaltes durch Abkehr der bisherigen Finanzierung. Was passiert, wenn die geplanten Einnahmen aus Eigenmitteln nicht erzielt werden? Dann bleibt nur der Weg über ein Aufleben höherer Pflichtanteile der Nationalstaaten, oder es müssten die EU-Steuern erhöht werden. Oder die EU müsste zur Defizitabdeckung zusätzliche Schulden aufnehmen, neben bereits bestehenden Schulden aus Next Generation EU. Damit droht letztendlich eine Vergemeinschaftung der Schulden.
- Sowohl in Deutschland als auch den meisten Ländern der EU ist die Belastung mit Steuern und Abgaben schon heute zu hoch, sowohl bei Privaten als auch für Unternehmen. Eine zusätzliche Belastung von Unternehmen wird dies noch verschärfen und führt zu einem Entzug von Liquidität. Da CORE keinerlei Rücksicht auf die Ertragssituation der Unternehmen nimmt, kann es im „Worst Case“ zu einem Substanzverzehr der besteuerten Unternehmen kommen und damit unmittelbar existenzgefährdende Folgen haben.

## **Bewertung/Risiken von der geplanten EU-Tabaksteuer TEDOR aus Sicht der Europäischen Steuerzahlerorganisation**

- TEDOR bedeutet eine Abkehr vom abgewogenen und pragmatischen Tabaksteuer-Ansatz, wie er von der EU-Kommission im Jahr 2022 skizziert wurde.
- Es drohen überhöhte Preise und eine Verzerrung der Märkte.
- Annahme der EU, Verbraucher seien nicht preissensibel, ist unzutreffend.
- Die vorgesehene Erhöhung der Tabaksteuer birgt latent die Gefahr von einem Anstieg der Schattenwirtschaft und damit mehr illegalem Handel sowie letztendlich nationalen Steuerausfällen. Laut Schätzungen (KPMG-Report) beträgt der Steuerausfall in der EU bei Tabakprodukten schon heute pro Jahr rund 19,4 Mrd. Euro. Als warnende Beispiele sind Frankreich und die Niederlande zu nennen: In Frankreich führte die Tabaksteuererhöhung zu deutlich mehr illegalem Konsum, was zu Steuerausfällen von über 9,4 Mrd. Euro im Jahr führte. Ebenso verhält es sich in den Niederlanden, wo dem Fiskus nach der dortigen Tabaksteuererhöhung pro Jahr mehr als 860 Mio. Euro entgehen.
- Ziele der öffentlichen Gesundheitspolitik werden gefährdet.
- TEDOR führt zu einer massiven Belastung der Tabakbranche, sowohl direkt bei Herstellern als auch indirekt bei Zulieferern. Beispiel: Die vorgesehene Erhöhung der Mindeststeuer bei Zigarren/Zigarillos führt zu einem Anstieg von 12€ auf 143€ - also annähernd 1.100 Prozent!
- Gesetzesfolgenabschätzung (Impact Assessment) der EU-Kommission ist nicht nachvollziehbar. Weder für Großbetriebe noch für KMU. Es fehlen eine valide Betrachtung der Auswirkungen auf die Produzenten und Arbeitsplätze sowie eine Prognose der Kosten für die durch TEDOR nötigen Strukturanpassungen.
- Gefährdung der mittelständisch geprägten Zigarrenindustrie in Deutschland und in Europa mit gravierenden Auswirkungen auf die damit verbundenen Arbeitsplätze in Europa sowie in Drittstaaten.
- Prinzip der Verhältnismäßigkeit (Proportionalität) der Besteuerung wird verletzt.
- TEDOR berücksichtigt nicht die derzeitige Praxis der EU-Mitgliedstaaten.
- Angesichts der immer noch angespannten wirtschaftlichen Lage ist im Interesse der Verbraucher nur eine moderate Steuerbelastung anzustreben.
- Bedingungen der Mitgliedstaaten werden nicht ausreichend berücksichtigt. Mitgliedstaaten, die nur Binnengrenzen haben, stehen vor anderen Herausforderungen, als Länder mit EU-Außengrenzen, gleiches gilt für Länder mit Meerzugang.
- Beibehaltung der Kaufkraftparität (KKP) erforderlich: Der KKP-Index berücksichtigt bei der Berechnung die unterschiedliche Kaufkraft in den Ländern. Die Abschaffung dieser Anpassung würde gerade Länder in Mittel- und Osteuropa überproportional treffen und dort die Inflation sowie den illegalen Handel weiter anheizen.

## Grundsätzliche Forderung der Europäischen Steuerzahlerorganisation (TAE)

- Keine Ausweitung der EU-Eigenmittel
- Öffentliche Grundsatzdiskussion darüber, welche Aufgabe die EU übernehmen soll und welche Aufgaben auf nationaler Ebene geleistet werden
- Rückkehr zum Subsidiaritätsprinzip der EU
- Umfassende und transparente Gesetzesfolgenabschätzungen
- Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips
- Einsparungen und neue Prioritätensetzung im Haushalt
- Bürokratieabbau

Brüssel/München, 17. Juli 2025

## Rückfragen

### Taxpayers Association of Europe (TAE)

#### Büro München

Michael Jäger  
Nymphenburger Str. 118  
D-80636 München  
Tel.: +49 89 126 00 820  
Web [www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

#### Büro Brüssel

Dr. Horst Heitz  
Rue d'Arlon 46  
B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 2 588 1520